

DIE STRUKTUR DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION IN BAYERN IN DEN ERSTEN JAHREN IHRER GRÜNDUNG

Von KARL MÖCKL

Die Frage nach dem Ende des Parteienstaates¹ ist weniger ein Symptom der Krise des Parteienstaats als ein Zeichen der Neuorientierung des heutigen deutschen Parteienwesens. Das Selbstverständnis der politischen Parteien ist erschüttert. Dem zugrunde liegt ein deutlicher Funktionalismus, der durch das Parteiengesetz und die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes – die die Parteien zu Verfassungsorganen machten – institutionalisiert wurde. Er mißt in der politischen Praxis den Parteien die Rekrutierung der Führungselite und das Streben nach Regierungsbildung als Hauptaufgaben zu. Die damit notwendig verbundene Absicht Mehrheitspartei, das heißt Volkspartei zu werden oder zu bleiben, führte zu einem sich verstärkenden innenpolitischen Pragmatismus. Bereits in der Zeit der Großen Koalition schlug sich dieser Trend innerparteilich in Mißvergnügen nieder. Klare Konsequenzen zogen unzufriedene Parteigruppen erst nach dem „Machtwechsel“ 1969, als die SPD die Regierungsverantwortung übernahm. Was sich auf den Parteitagen in Bonn und Freiburg deutlich zeigte, ist in den Unionsparteien latent vorhanden. Allgemein äußert sich dieses innerparteiliche Mißvergnügen in einer Reideologisierung. Seitdem aber die liberal-demokratische Maxime des natürlichen Antagonismus zwischen dem Staat und den die Gesellschaft repräsentierenden Parteien nicht mehr gilt, d. h. das Parlament als ganzes die Regierung nicht mehr kontrolliert, diese Kontrolle allein der Opposition zukommt und der Staat zum Operationsfeld der die Regierung bildenden Parteien wurde², verschärft die Reideologisierung nicht nur die

¹ Vgl. u. a. Ekkehart KRIPPENDORFF, Das Ende des Parteienstaates?, in: Der Monat. 160 (1962) 64 ff. DERS., Ende des Parteienstaates?, in: Die Neue Gesellschaft. 1 (1966) 1 ff. Die Zukunft des Parteienstaates. Kritische Stimmen zu Ekkehart Krippendorffs Analyse, in: Der Monat. 162 (1962) 84 ff.

² Ernst FORSTHOFF, Der Staat der Industriegesellschaft. (1971).

innerparteilichen Auseinandersetzungen, den Kampf unter den Parteien, sondern vor allem direkt das Ringen um Staat und Gesellschaft, um die Formprinzipien der Gesellschaftsordnung und die leitenden Ideen der staatlichen Entwicklung. Politik ist nun weniger pragmatische Handhabung der Macht einer auswechselbaren Führungselite, denn in einer freien und dynamischen Gesellschaft gibt es keinen status quo, vielmehr ist sie Entscheidung für die Bedingungen eines künftigen Menschseins im Rahmen bestimmter Wertordnungen. Parallel dazu zeichnet sich ein intensiverer Willensbildungsprozeß innerhalb der Parteien von unten nach oben ab.

Mit dieser Entwicklung werden Strukturprobleme der deutschen Nachkriegsdemokratie wieder aufgenommen, divergierende Elemente treten stärker hervor und die Gesellschaftsstruktur wird labiler, besonders da Konjunktur- und Geldwertschwierigkeiten hinzukommen. Die Hauptaufgabe der Parteien kann nun nicht mehr das Streben nach staatlicher Macht allein sein, vielmehr müssen sie ihre Fähigkeit, gesellschaftlich und staatlich integrierend zu wirken, unter Beweis stellen. Das statische Element des Erringens institutioneller Machtpositionen muß zurücktreten gegenüber dem dynamischen Element des Gestaltens einer wünschenswerten Ordnung³.

Der Ursprung dieser noch heute ungelösten Probleme liegt in den ersten Jahren nach 1945. Obwohl alle Gewalt bei der Besatzungsmacht lag, hatten die politischen Parteien Denkorientierung für die Bevölkerung zu sein, sowie staatlich und gesellschaftlich nach dem desolaten Zustand des Dritten Reiches integrierend im Sinne der parlamentarischen Demokratie zu wirken. Am Beispiel der Christlich-Sozialen Union soll gezeigt werden, welche Möglichkeiten sich hierfür boten.

Freiheit und Autorität – eine historische Bestandsaufnahme⁴

Die Entwicklung des konservativ-katholischen Parteienwesens in Bayern verdichtete sich in den 60-er Jahren des 19. Jahrhunderts. Mit der Spaltung der liberalen Bewegung nach der Revolution von 1848 näherte

³ Vgl. auch Wilhelm HENNIS, Ende der Politik? Zur Krisis der Politik in der Neuzeit, in: Merkur. 278 (1971) 509 ff.

⁴ Zu diesem Abschnitt vgl. vor allem Karl MÖCKL, Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern. (1972).

sich der großbürgerlich-nationalliberale Flügel in Sicherung seiner Interessen den alten Gewalten, der Bürokratie und dem Königtum. Großbürgertum, hohe Bürokratie und fränkisch-protestantischer Adel bildeten in den 60er Jahren die neue gesellschaftliche Führungsschicht und behaupteten die politische Macht mit einer ausgeprägten konservativen Staatsideologie sowie dem Einfluß auf König Ludwig II. und Prinzregent Luitpold. Verwirklicht wurde dieser Einfluß durch Rekrutierung der allmächtigen Kabinettssekretäre und Chefs der Geheimkanzlei aus den eigenen Reihen. Diese Gesellschaftsschicht verkörperte die eigentlich bürgerliche Gesellschaft. Ihr gegenüber stand die Mehrheit der Bevölkerung, eine breite bäuerliche Schicht⁵ und die sich langsam organisierende Arbeiterschaft. Die Führungsschicht strebte nach einem wirtschaftlich-industriellen Großraum und unterstützte auch auf Grund der schmalen innenpolitischen Basis die bismarck'sche kleindeutsche Reichsgründung.

Unter diesen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen formierte sich als Alternative die Bayerische Patriotenpartei, die 1869 auf dem ersten Zollparlament als Fraktion hervortrat. Sie war also eigentlich keine Kulturkampfgründung, auch wenn sie die Sache der katholischen Kirche weitgehend zu ihrer eigenen machte. So spiegelt bereits der sogenannte „schleichende“ Kulturkampf in Bayern deutlich die gesellschaftlich-politische Situation. Nicht die versöhnliche Haltung der bayerischen Regierung bewirkte den relativ ruhigen Verlauf⁶, sondern die Integration des hohen bayerischen Klerus in die Führungsschicht des Landes⁷. Ausgleichend zwischen Regierung, Klerus und Volk wirkten darüber hinaus die liberalen Hofgeistlichen, die großen Einfluß hatten und den Standpunkt des bayerischen Ministeriums vertraten.

Diese Entfremdung zwischen institutioneller Kirche und Volk erklärt sich aus den sozialen Gegensätzen und dem gesellschaftspolitischen Hintergrund der kirchenpolitischen Auseinandersetzungen. Das bestätigt

⁵ Bayern war vorwiegend Agrarland. 95% des Bauerntums waren kleinste, kleine und mittlere Bauern. Seit den 60er Jahren nahmen die Agrarkrisen in Bayern, gefördert durch die Politik der Regierung, zu und radikalisierten das von sozialem Abstieg bedrohte Bauerntum.

⁶ Der bayerische Kultusminister Johann von Lutz war sogar Initiator verschiedener Kulturkampfgesetze auf Reichsebene.

⁷ Dies war durch das bayerische Staatskirchentum möglich. Als Ausnahmen sind nur die von dem Vatikanum 1870 berufenen Bischöfe Leonrod von Eichstätt und Senestrey von Regensburg zu werten. Beide waren aber isoliert und hatten zu wenig Einfluß.

auch der Gegensatz zwischen der hohen Geistlichkeit und den „roten“ Kaplänen sowie den Landpfarrern, die zwar in der kirchlichen Hierarchie gebunden waren, aber in sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen die Partei der „Bürger zweiter Klasse“ öffentlich ergriffen und zu diesem Zweck vielfach bereits seit den 60er Jahren den Sozialdemokraten inoffiziell die Hand zum Bündnis reichten. So war der Kampf um die Schule nicht nur eine konfessionelle Frage, vielmehr eine Auseinandersetzung darum, ob das Schulsystem weiterhin auf der bürgerlichen Klassenbasis beruhen sollte oder nicht. Auch die gegen den Willen der kirchlichen und weltlichen Oberen durchgeführte Katholikentagsbewegung in Bayern Ende der 80er Jahre spiegelt die Emanzipationsbestrebungen der unteren katholischen Bevölkerungsschichten. Daß sich dabei die Angriffe auch gegen den Papst richten konnten⁸, zeigt die Auseinandersetzung um die Heeresvermehrung, das sogenannte Septennat, 1887. Das Zentrum unter seinem Führer Windthorst, der auf dem politischen, von Rom unabhängigen Charakter des Zentrums beharrte, hatte sich dabei in scharfen Gegensatz zum Papst gestellt. Demonstrativ trat gerade zu diesem Zeitpunkt die Bayerische Patriotenpartei unter dem Namen Bayerisches Zentrum dem Reichszentrum bei. Der Kulturkampf wurde in Bayern offiziell nie beendet. Trotz dieser Radikalisierung in weiten Kreisen der unteren Schichten des Volkes, die auf Landes- und Reichsebene vom Bayerischen Zentrum getragen wurde, konnte die Macht der großbürgerlich-bürokratisch-nationalliberalen Führungsschicht des Landes nicht erschüttert werden. Die wesentliche Ursache lag darin, daß die Veränderungen im Rahmen der monarchischen Staatsordnung angestrebt wurden, aber sicher und fest unter dem Einfluß der Oberschicht standen.

Nach dem Epochenjahr 1890 verschärfte sich die Bewegung im Volk und im Bayerischen Zentrum. Sozialdemokratie und Bauernbund zogen 1893 in den Landtag ein. Innerhalb des Zentrums setzte sich der linke Flügel unter dem radikalen Bauernführer Dr. Georg Heim und dem christlichen Arbeiterführer Karl Schirmer durch. Der „Bauerndoktor“ Heim und Pfälzer Geistliche waren es vor allem, die bei den Landtagswahlen 1899 und 1905 offizielle Bündnisse mit den Sozialdemokraten schlossen. Das wichtigste Ergebnis war die Reform des Landtagswahlrechts 1906.

⁸ Dies ist besonders im Wahlkampf vor den Reichstagswahlen 1887 auf dem flachen Land in Bayern zu beobachten. Es führte bis zu Verbalinjurien gegen den Papst.

Aber bereits 1903, als Heim auf dem Parteitag des Bayerischen Zentrums Kaiser Wilhelm II. und Prinzregent Luitpold von Bayern „gekrönte Agitatoren“ nannte und Ministerpräsident von Crailsheim „geopfert“ werden mußte, setzte innerhalb des Bayerischen Zentrums die Sammlung der reaktionär-konservativen Kräfte ein. Zu ihnen zählten die Staatskatholiken Georg von Hertling und die liberalen Hofgeistlichen, die die Katholiken aus ihrer „Inferiorität“ zu lösen und sie mit dem Geist des Wilhelminischen Reiches zu versöhnen gedachten, die Reformkatholiken um Hermann von Stengel und Professor Schell, die Adeligen Preysing, Soden-Fraunhofen und Malsen, sowie der Führer des rechten Flügels der Zentrumsfraktion im Landtag Domkapitular Pichler⁹. Die Bischöfe übten kirchlichen Druck auf die Geistlichen unter den Heim-Anhängern aus und bezogen offen Stellung gegen den linken Zentrumsflügel. Ministerpräsident Podewils reichte diesen Männern die Hand, so daß sie sich schließlich im Bayerischen Zentrum nicht nur bestimmend durchsetzten, sondern politisch und gesellschaftlich auch in die alte nationalliberale Führungsschicht integriert wurden. Diese neue konservative Oberschicht hatte sich in Bayern 1912 fest etabliert. Dies zeigt sich in der Berufung Georg von Hertlings zum bayerischen Ministerpräsidenten. Der demokratische Zentrumsflügel existierte zwar weiter, aber seine Führer wurden ausgeschaltet. Heim zog sich gesundheitlich schwer gezeichnet zurück, und sein einziger befähigter Nachfolger Heinrich Held wechselte ins „gouvernementale“ Lager über. Die Gegensätze wirkten unter der Oberfläche fort.

Der Erste Weltkrieg und die Revolution von 1918 entließen eine im Grunde unfreie Gesellschaft in die frei verfaßte Weimarer Republik. Dies bedeutete eine gesellschaftliche Desintegration, die sich auf das politische und geistige Leben auswirkte und für das staatliche Leben verhängnisvolle Folgen hatte, eben zur „Republik ohne Republikaner“ führte.

Die Bayerische Volkspartei (BVP) war 1918 durch Abtrennung des Bayerischen Zentrums vom Reichszentrum entstanden. Die Männer der ersten Stunde Heim, Schirmer und Schlittenbauer wollten eine soziale Volkspartei auf christlicher Basis. Sie setzten sich aber vor allem deswegen

⁹ Auf Reichsebene zeigte sich diese Entwicklung im aufsehenerregenden Artikel Julius Bachems „Wir müssen aus dem Turme heraus!“ und im sogenannten Gewerkschaftsstreit, der die Tätigkeit des Zentrums in der Arbeiterschaft so beschränkte, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung aus der Konkurrenz mit den freien Gewerkschaften ausgeschaltet wurde.

nicht durch, weil ihre Interessen zu bayerisch-separatistisch und bäuerlich orientiert waren. Der Arbeiterflügel hatte ein zu geringes Gewicht¹⁰. Die späteren Führer der BVP, wie Heinrich Held und Fritz Schäffer, standen in der Tradition der bürgerlich-konservativen Führungsschicht der Vorkriegszeit. Aus dem Verlust der eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung und dem Niedergang der außenpolitischen Bedeutung des Reiches folgten restaurative politische Tendenzen. Die Wiedererrichtung der Monarchie und die Erneuerung der Bismarck'schen Reichsverfassung verloren die Führer der BVP nie aus dem Auge¹¹. Das katholisch-konfessionelle Element, das vor dem Krieg in Anpassung an das Selbstverständnis des Wilhelminischen Reiches verändert werden sollte, wurde nun in Verkehrung dessen zur Kampfparole gegen Preußen und die zentralistische Republik. Dies führte auch zur parteipolitischen Begrenzung und zur Einengung der Wählerbasis auf den katholisch-bäuerlichen Bereich. Partikularistische Absichten und autoritäre Vorstellungen, die sich in der Parole von der „Ordnungszelle Bayern“ niederschlugen, nahmen hier ihren Ausgang. Die politische Einstellung und das programmatische Denken, die sich dadurch zeigten¹², lehnten die demokratische Idee aus weltanschaulich-religiösen und historisch-politischen Gründen ab, übten am Parlamentarismus als autoritätsauflösend Kritik, suchten die Parteien und den Parteienstaat durch organische und ständische Ordnungen zu ersetzen und stellten die Weimarer Verfassung als illegitim in Frage.

Neben dieser Tradition der Begrenzung gab es in der Christlichen Ge-

¹⁰ Vgl. u. a. Richard KESSLER, Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868–1924. (1971). Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter Bd. 6, hrsg. v. K. BOSL. Das Buch von Klaus SCHÖNHOFEN, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932. (1972), gibt zu diesen Problemen wenig Auskunft, da Schönhoven die BVP zu sehr von „oben“, der Parteiführung, der Reichstags- bzw. der Landtagsfraktion sieht und sie weniger von der inneren Struktur her behandelt. Immerhin gibt er an, daß es auch einen deutlich republikanischen BVP-Flügel gab.

¹¹ Vgl. Fritz SCHÄFFER, Persönliche Erinnerungen, Aufzeichnungen in seinem Nachlaß. Wolfgang BENZ (Hrsg.), Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Moser von Filseck. (1971).

¹² Eine Analyse der konservativ-katholischen Zeitschriften Historisch-politische Blätter, Neues Reich, Allgemeine Rundschau, Gelbe Hefte und Hochland zeigen dies deutlich. Vgl. Friedhelm MENNEKES, Die Republik als Herausforderung. Konservatives Denken in Bayern zwischen Weimarer Republik und antidemokratischer Reaktion (1918–1925). (1972). Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter Bd. 8, hrsg. v. K. BOSL.

werkschaftsbewegung unter dem Einfluß Adam Stegerwalds¹³ auch Bestrebungen der Öffnung des konfessionellen Parteienwesens. Nach dem Willen Stegerwalds sollte nach 1918 nicht nur eine interkonfessionelle Volkspartei an Stelle des Zentrums entstehen, er wollte einen völligen Neuanfang: nämlich eine christliche Volkspartei auf einer sozialen Massenbasis, die die Republik bejahte und integrierend zu wirken gehabt hätte¹⁴. Er setzte sich gegenüber den auseinanderstrebenden Kräften nicht durch. Nach 1945 sollten die Voraussetzungen günstiger sein.

Die Weimarer Republik endete im Totalitarismus. Es war ihr nicht gelungen, die divergierenden Strukturelemente von Staat und Gesellschaft des Zweiten Kaiserreichs zu überwinden. Der außenpolitisch orientierte Freiheitsbegriff des verlorenen nationalen Machtstaates überdeckte jenen innenpolitisch orientierten Freiheitsbegriff der Demokratie¹⁵. Das Nationalbewußtsein war noch machtpolitisch und nicht gesellschaftlich ausgerichtet, also nicht auf die Konkurrenz von Herrschafts- und Gesellschaftssysteme konzentriert¹⁶. Hinzu kam die Wirkung der Weltwirtschaftskrise, die das nationale deutsche Selbstbewußtsein in gleicher Weise wie der Verlust seiner außenpolitischen Machtstellung traf; denn Deutschland als Industrienation war auf Grund der politischen Einflußlosigkeit seiner Bürger eine entscheidende Stütze seines Selbstgefühls. Der Nationalsozialismus versprach mit Hilfe der Autorität politisch und wirtschaftlich die Regeneration Deutschlands als Großmacht. Dem konnte die Weimarer Republik nicht widerstehen, selbst wenn sie im Widerstand gegen das Hitler-Régime in allen Bevölkerungsschichten¹⁷ lebendig blieb. Jedoch trug auch der Nationalsozialismus in Ironie der Geschichte durch seine nivellierende gesellschaftliche Wirkung und Gleichschaltung des

¹³ Adam Stegerwald, 1874–1945, stammte aus der Gegend von Würzburg, war Schreiner, gründete 1899 den Zentralverband christlicher Holzarbeiter, wurde Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, preußischer Minister, preußischer Ministerpräsident, Reichsminister, 1945 Regierungspräsident von Unterfranken und Mitbegründer der CSU.

¹⁴ Adam STEGERWALD, *Das Alte stürzt*, in: *Deutsche Arbeit* (1918); DERS., *Deutsche Lebensfragen*. Vortrag auf dem 10. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. Nov. 1920 in Essen. (1920); DERS., *Zusammenbruch und Wiederaufbau*. (1922).

¹⁵ Karl Dietrich BRACHER, *Über das Verhältnis von Nationalbewußtsein und Demokratie*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft*. Festschrift Hans Rosenberg, hrsg. v. G. A. Ritter (1970) 166 ff.

¹⁶ Manfred HÄTTICH, *Nationalbewußtsein und Staatsbewußtsein*. (1966).

¹⁷ Gabriel A. ALMOND und Wolfgang H. KRAUS, *The social composition of the German Resistance*, in: *The Struggle for Democracy in Germany*, ed. by G. A. ALMOND. (Chapel Hill 1949) 64 ff.

Volkes¹⁸ zum, wenn auch gewaltsamen Abbau jener inneren Gegensätze bei, die die Weimarer Republik hatten scheitern lassen. Die gesellschaftlich einebnende Wirkung der „Sozialreligion“¹⁹ des Dritten Reiches, die durch die Partei²⁰ geförderte vertikale Mobilität und die gemeinsame Erfahrung des Widerstandes schufen nach der Kapitulation von 1945 mit die Voraussetzungen einer demokratischen Neuordnung.

Von dieser Entwicklung war das ganze deutsche Volk betroffen. Hier ist jedoch zu untersuchen, inwieweit die christlich-konservative Parteibewegung davon beeinflusst wurde; denn das Schicksal der Weimarer Republik hatte gezeigt, daß freiheitlich-demokratische Traditionen unter einer freien Verfassung und freien politischen Institutionen in einer ihrem Selbstverständnis nach hierarchisch-autoritär geordneten und in ihrem Selbstbewußtsein erschütterten Gesellschaft noch nicht in der Lage sind, Demokratie zu realisieren. Menschliche Beziehungen und soziale Integration sind wichtiger.

Besatzungspolitik und wirtschaftliche Lage

Die „eingeschränkte“ Demokratie war Leitlinie der amerikanischen Besatzungspolitik in Bayern nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands 1945. „Eingeschränkt“ deshalb, weil sich die Militärregierung die Obergewalt und das Recht der letzten Entscheidung in allen Fragen des zivilen und öffentlichen Lebens vorbehielt. Die Absicht der demokratischen Neuordnung Deutschlands geht in ihren Wurzeln auf Bestimmungen der Atlantik Charta 1941 und Ergebnisse der Konferenzen von Casablanca 1943 zwischen Roosevelt und Churchill sowie von Potsdam 1945 zwischen den vier Alliierten zurück. In der amerikanischen Politik lassen sich dabei zwei Phasen unterscheiden, die von einer Zwischenphase der Ambivalenz voneinander getrennt sind.

Die erste Phase beschränkte sich auf den Kampf gegen den Totalitarismus des Nationalsozialismus. Das theoretische Konzept bot die Besatzungsdirektive der amerikanischen Regierung ICS 1067²¹, an sich ein

¹⁸ Richard GRUNBERGER, A social history of the Third Reich. (London 1971).

¹⁹ Harry PROSS, Vor und nach Hitler. Zur deutschen Sozialpathologie. (1962).

²⁰ Z. B. Carl J. FRIEDRICH, Totalitäre Diktatur. (1957).

²¹ Germany 1947–49. The Story in Documents. (Washington 1950) 22 ff. W. CORNIDES, H. VOLLE (Hrsgg.), Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941–48 mit einem Bericht über die Londoner Außenminister-Konferenz vom 25. Nov. bis 15. Dez. 1947. (1948).

verwässerter Morgenthauplan²². Die zugrunde liegende negative Maxime war, zu verhindern, daß Deutschland jemals wieder den Weltfrieden bedrohen könne. Der demokratische Wiederaufbau trat zurück, da die Aufteilung Deutschlands und die Reduzierung der Wirtschaft auf Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion im Sinne des Jeffersonian Liberalism langfristig von selbst zu einer demokratischen Umerziehung der Bevölkerung führen müßten. Dieses radikale Programm der negativen Behandlung Deutschlands geriet in seiner Verwirklichung bald ins Stocken. Versorgungs- und Ernährungskrisen bewiesen, daß sich aus ökonomischen Gründen die politischen Verhältnisse weder in Deutschland noch in Europa im Sinne Roosevelts und der Direktive ICS 1067 konsolidieren ließen. Währungsverfall, Schwarzhandel, Hunger, Elend, Wohnungsnot und allgemeiner Mangel erinnerten an die schlimmsten Befürchtungen der Nazipropaganda. So führte die sich rapide verschlechternde wirtschaftliche Lage die auf unterster Ebene verantwortlichen amerikanischen Stellen auf einen pragmatischen Kurs. Ihnen lag die Lebensfähigkeit der zu verwaltenden Gebiete bald mehr am Herzen als die weltpolitischen Ziele Roosevelts.

Dieser Widerspruch zwischen theoretisch-politischem Konzept und dessen Verwirklichung kennzeichnet jene Zwischenperiode der Ambivalenz. Von hier aus führte der Weg durch Veränderung der internationalen Lage zur zweiten Phase der amerikanischen Deutschlandpolitik, der Ära des Marshallplans, in der alle integrierenden Faktoren des bundesdeutschen Staates und der bundesdeutschen Gesellschaft entspringen. Die Ursachen des Wandels der weltpolitischen Situation lagen darin, daß der Nachfolger Roosevelts, der „Mittelwestler“ Harry S. Truman, den Einfluß des intellektuellen Morgenthau ausschaltete, im Zeichen der wachsenden Spannung zur Sowjetunion eine antikommunistische Realpolitik verkündete, sich die weltweiten Beziehungen des deutschen Finanzkapitals bemerkbar machten und humanitäre Organisationen in den USA immer intensiver die Beseitigung des Elends in Deutschland forderten²³. So erwuchsen im „European Recovery Program“, das später nach dem amerikanischen Außenminister als Marshallplan bezeichnet wurde, für Europa umfassen-

²² Caspar SCHRENCK-NOTZING, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*. (1965) 97 ff. Henry MORGENTHAU jr., *Germany is our problem*. (New York/London 1945).

²³ Vgl. u. a. Hans Peter SCHWARZ, *Vom Reich zur Bundesrepublik Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–49*. (1966).

de Hilfeleistungen²⁴ zum wirtschaftlichen Aufbau. Industrielle Stärke sollte dabei eine politische und gesellschaftliche Regeneration und Integration Westeuropas in Abwehr der kommunistischen Expansion bewirken. Die amerikanische Deutschlandpolitik gewann damit in Umkehrung der Morgenthau-Absichten nicht nur positive Akzente, sondern als unmittelbares Bollwerk gegen den Osten eine herausragende Bedeutung. Diesen neuen Kurs kündigte bereits am 6. September 1946 Außenminister J. E. Byrnes in einer vielbeachteten Rede in Stuttgart an; jedoch sollte es bis Juli 1947 dauern, bis die Marshall-Plan-Hilfe ernsthaft eingesetzt und die Direktive ICS 1067 durch eine der veränderten Situation angepaßte Direktive ICS 1779²⁵ abgelöst wurde. Wirklich spürbar wurde die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in Westdeutschland erst nach der Währungsreform im Juni 1948 und der sich in Reaktion der Sowjetunion darauf anschließenden Blockade Berlins.

Die Prinzipien der Behandlung Deutschlands, festgelegt auf der Potsdamer Konferenz, blieben aber trotz der wechselnden weltpolitischen Lage und der schwankenden amerikanischen Politik unverändert. Der unteren Militärverwaltung, also den Vollzugsorganen, blieb damit ein breiter Ermessensspielraum. Erst mit dem Jahr 1948 änderte sich dies, als mit der Westeingliederung der amerikanischen, britischen und französischen Zone der moralische Cordon sanitaire beseitigt und der Prozeß der gesellschaftlichen, kulturellen und psychologischen Integration auf der Grundlage der wirtschaftlichen Maßnahmen des Marshallplans eingeleitet wurde. Unsicherheit und Gegensätzlichkeit der Besatzungspolitik in den Jahren vor 1948 ließen aber die ursprünglich beabsichtigte strukturelle und gesellschaftlich-staatliche Neuorientierung des deutschen Volkes in den Westzonen weitgehend scheitern. Diese Tatsache wurde später vom Ost-West-Gegensatz im Kalten Krieg und von der wachsenden wirtschaftlichen Prosperität überdeckt.

Die Prinzipien der Besatzungspolitik waren Entnazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung. Diese galten natürlich auch für das ganz unter amerikanischer Besatzung stehende Bayern. Die Entnazifizierung²⁶ sollte ursprünglich eine sozialrevolutionäre Umwandlung der

²⁴ Für ganz Europa betrug die Wirtschaftshilfe letztlich 14 Mia Dollar, davon für die drei Westzonen Deutschlands ca. 4 Mia Dollar.

²⁵ *Germany 1947-49, The Story in Documents*. Washington 1950.

²⁶ Grundlegend für die Entnazifizierung in Bayern und deren Scheitern als Mittel der gesellschaftlichen Umschichtung im Sinne einer tiefgreifenden Demokratisierung

Gesellschaftsstruktur erzielen. Dies wäre durch die schematisch-formalen Kriterien der Säuberung im Sinne Morgenthau und der Direktive ICS 1067 auch möglich gewesen²⁷; denn sie richteten sich nicht nur gegen die Nationalsozialisten, sondern auch gegen die alte politisch-gesellschaftliche Führungsschicht der Weimarer Zeit. Bald zeigten sich Schwierigkeiten. Den amerikanischen Militärbehörden, besonders auf unterer Ebene, lag mehr an Verwaltungskontinuität als an politischer Neuorientierung. Sie handelten pragmatisch und griffen auf den Beamtenexperten zurück²⁸. Diese Männer der alten sozialen Elite stellten dem formalen Entnazifizierungskonzept bald jenes individualistische der persönlichen Schuld gegenüber. Die daraus resultierende laxer Handhabung der Säuberung und der Fall „Patton“ schreckten die amerikanische Öffentlichkeit und Regierung auf. Es wurde das Gesetz Nr. 8 der Militärregierung am 26. September 1945 erlassen, unter das ein weiterer Personenkreis – so auch der bayerische Ministerpräsident Fritz Schäffer – fiel. Obwohl dieses Gesetz verschärfend wirken sollte, trug es im Kern in dem Sinne restaurative Züge, als nunmehr sich jeder einzelne für sein politisches Verhalten verantworten mußte. Die Besatzungsbehörden konnten bald die ungeheuer anwachsende Arbeit nicht mehr alleine bewältigen. Sie setzten deutsche Berufungsausschüsse ein. Aus denen ging dann durch Gesetz vom 5. März 1946 das Spruchkammersystem hervor, durch das die Entnazifizierung endgültig in deutsche Hände gelegt wurde. Da man sich hier allein auf die traditionelle Bürokratie und die alten zivilen Beamten und Angestellten stützte, wirkte sich die gestaltende Kraft der gemeinsamen sozialen und politischen Interessen aus. Das persönliche Schuldprinzip unter individuellen Gesichtspunkten wurde Grundlage der Entnazifizierung. Kleinliche Auseinandersetzungen und persönliche Konflikte traten in den Vordergrund²⁹. Die ursprünglich wirtschaftlich-sozialrevolutionäre Spreng-

ist das Buch von Lutz NIETHAMMER, *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung*. (1972). Vgl. auch Justus FÜRSTENAU, *Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte*. (1969).

²⁷ Aus diesem Grunde akzeptierte die Sowjetunion das Potsdamer Konzept bezüglich der Entnazifizierung auch in dieser Form ganz besonders.

²⁸ Hans MEYERHOFF, *The Reconstruction of Government and Administration*, in: *The Struggle for Democracy in Germany*. Ed. by G. A. ALMOND (Chapel Hill 1949) 199.

²⁹ Vgl. z. B. MARTELL, *Ist das Demokratie? Fragen der Zeit*. Schriftenreihe der Christlich-Sozialen Union in Bayern. H 3 (1947). Martell ist ein Pseudonym für Ergebnisse einer Meinungsumfrage unter jungen CSU-Politikern und Journalisten.

kraft der Entnazifizierung war neutralisiert, zumal 1948 die Amerikaner angesichts der veränderten weltpolitischen Lage auf Abschluß dieser Maßnahmen durch Amnestie drängten.

In engem Zusammenhang mit der Entnazifizierung stand die Demokratisierung. Sie sollte im positiven Sinn und nach engerem Verständnis zusammen mit der Umerziehung oder Re-education die selbstverantwortlich-demokratische Tätigkeit des Bürgers in Wahlkörperschaften zunächst auf unterer, Landkreis- und Kommunalebene ermöglichen und fördern. Die Zusammensetzung der Selbstverwaltungskörperschaften erfolgte zunächst aus Repräsentanten der verschiedenen wirtschaftlichen, beruflichen und religiösen Gruppen, sowie Vertretern der politischen Parteien. Durch diese Orientierung an der Struktur der Vorkriegsgesellschaft wurde die politische Macht zugunsten der alten gesellschaftlichen Eliten verteilt. Im Bereich von Schule und anderen Bildungseinrichtungen traten ihre Vertreter bald in Konkurrenz zur amerikanischen Re-education-Politik. Hinzu kam, daß die übergroße wirtschaftliche Not dem demokratischen Engagement der Bürger abträglich war und in der Verwaltung das rechtsstaatlich-autoritäre Denken förderte. Demgegenüber standen in Bayern – wie noch zu zeigen sein wird – Kräfte, die einen echten demokratischen Aufbau von Staat und Gesellschaft anstrebten und dafür kämpften. Die Westintegration 1948 vertagte in den Konsequenzen die Entscheidung darüber, ob Krieg und Totalitarismus in der besonderen deutschen Tradition begründet seien, oder ob die Rückkehr zur Vorkriegsordnung genügend Sicherheit gegen eine ähnliche Wiederholung der verhängnisvollsten Epoche deutscher Geschichte biete.

Die Dezentralisierung der politisch-staatlichen Macht im Förderativsystem sollte im Potsdamer Konzept ein weiterer Hemmschuh gegen totalitär-militaristische Entwicklungen sein. Dies schien durch das Fehlen einer Zentralgewalt des Reiches einfach. Jedoch ist hier zu bedenken, daß unter dem Vorwand lokaler Verantwortlichkeit mittels Selbstverwaltung leicht regionaler Zentralismus der sich dann gegen jegliche Reichs- oder Bundesgewalt richtet, entstehen kann. Diese Gefahr bestand in Bayern, da die von der Besatzungsmacht bei der Einrichtung der deutschen Verwaltung favorisierten gesellschaftlichen Gruppen Bedingungen schufen, durch die sie Wahlvorteile gewannen. In der Tat spiegelt der Kampf um die Bayerische Verfassung primär die politischen Interessen dieser gesellschaftlichen Gruppierungen. Überhaupt zeigten die Auseinandersetzungen um Förderalismus und Zentralismus bei Ausarbeitung

der Länderverfassungen mehr politische Merkmale und Klassenzüge als Erwägungen rein konstitutioneller Natur³⁰.

Die Christlich-Soziale Union in Bayern wurde in ihrer Entwicklung bis 1948/49 mehr von den skizzierten Rahmenbedingungen – der Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit der amerikanischen Besatzungspolitik – beeinflußt als andere Parteien. Dies erfolgte besonders deshalb, weil sie eine neu entstehende Partei war und das Selbstverständnis einer Volkspartei aufwies. Aus beiden Gründen spiegelten sich in ihr deutlich die übergeordneten politisch-wirtschaftlichen Vorgänge.

*Christlich-Soziale Union:
Weltanschauung oder politischer Pragmatismus?*³¹

Historisch-bayerische Traditionen, das Erlebnis des Jahres Null und amerikanische Besatzungspolitik wirkten bei der Gründung der CSU zusammen und bestimmten ihre innere Konsolidierung in den Gründungsjahren. Wie bereits dargestellt bestand im bayerischen Volk ein starkes, ungebrochenes geschichtliches Selbstbewußtsein, das in der führenden bürgerlichen Schicht vor dem Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Zeit staatsideologische Züge³² trug, die nach dem Zweiten Weltkrieg noch in der Beamtenschaft sichtbar sind und sich in die Verfassung von 1946 einprägten. Hinzu kam das weltanschauliche Element, das sich mit der christlichen Tradition verband und nach 1945 drei Ausprägungen erfuhr: Zunächst die konfessionell-katholische Richtung, die die BVP-Tradition fortsetzte, ihre Hochburg im Raum Oberbayern–München hatte und wesentlich vom mittleren und größeren Bauerntum, von Teilen des katholischen Bürgertums und dem Ministerialbeamtentum unterstützt wurde. Dann die interkonfessionelle Richtung, die den größten Teil ihrer Anhänger im oberpfälzisch-fränkisch-schwäbischen Raum hatte, in der Tradition der Christlichen Gewerkschaften stand und das protestantische, bzw. liberalkatholische Bürgertum der schwäbischen und fränkischen Städte mit einschloß. Schließlich die aus dem Widerstand erwachsende Richtung, deren Mitglieder aller sozialer Schichten aus ihrer christlich-

³⁰ Vgl. auch MEYERHOFF, 208 ff.

³¹ Den folgenden Untersuchungen liegt u. a. der Nachlaß Fritz Schäffers 1945–48 zugrunde. Für dessen Überlassung bin ich besonders Herrn und Frau Dr. Bracker-Schäffer sowie Herrn Dr. Gottfried Schäffer zu großem Dank verpflichtet.

³² Zu den Wurzeln dieses Denkens vgl. MÖCKL, ebd.

humanitär-idealistischen Einstellung eine Alternative zum unmenschlichen Totalitarismus Hitlers suchten. Neben diese historischen Faktoren trat nach 1945 ein neuer Faktor, gerade innerhalb der Christlich-Sozialen Union, und zwar jener eines ausgeprägten politischen Pragmatismus, getragen von einer Gruppe von Männern aus der sogenannten Frontgeneration, deren Bewußtsein und Selbstverständnis durch die Enttäuschung des Dritten Reiches und das Erlebnis des Krieges unmittelbar geprägt worden war.

Die amerikanische Besatzungspolitik ermöglichte den aus diesen Tendenzen erwachsenen vorparteilichen Gruppen Entfaltungsmöglichkeiten, einmal, weil sie irgendwie direkt oder indirekt im Gegensatz zum Nazi-Régime gestanden hatten und zum anderen, weil die Genehmigung zur Bildung von Parteien auf Kreisebene relativ rasch am 27. August 1945 erteilt wurde³³. Der Lokalismus war nicht nur durch den Willen der Besatzungsmacht gegeben, die zunächst den Parteien nur „beratende Funktion“ für die örtlichen Militärbehörden zubilligte³⁴, sondern auch durch die mangelnden Verkehrs-, Telefon- und Briefverbindungen sowie den Aufbau der Verwaltung von unten nach oben. In dieser ersten Phase der Gründung einer christlichen Partei – die mit der offiziellen Zulassung als Landespartei am 8. Januar 1946 endete – bewiesen die Vertreter der verschiedenen Strömungen bereits den Willen zur Integration³⁵. Als wichtigster Grund dafür kann das Bemühen um einen echten gemeinsamen Neubeginn gelten³⁶, der durch den interkonfessionellen Anstoß Adam Stegerwalds³⁷ und durch den Pragmatismus sowie die organisatorischen Fähigkeiten der Männer der Frontgeneration verwirklicht wurde. Hilfestellung leistete in gewisser Weise die Besatzungsmacht, die im

³³ Direktive der Militärregierung vom 27. Aug. 1945: „Military Government officers may accept and approve applications to form political parties at the county (Kreis) level“.

³⁴ Vgl. Unterredung Ministerpräsident Schäffers mit der Militärregierung am 18. 9. 1945. Protokoll, Schäffer-Nachlaß.

³⁵ Dies gilt, obwohl die Militärregierung verfügte, daß die örtlichen Parteien nicht mehr den Namen der Landespartei tragen dürften, wenn sie dieser bis 1. Jan. 1947 nicht beigetreten waren. Die örtlichen Organisationen der CSU hatten dies längst vorher getan.

³⁶ Beispielsweise erklärte die aus früheren, allerdings „linken“ BVP-Mitgliedern bestehende „Augsburger Aufbaugemeinschaft“, daß eine Wiedergründung der BVP nicht in Frage komme, da sie „verzopft“, „veraltet“ und deshalb „nicht mehr beliebt“ sei.

³⁷ Adam STEGERWALD, *Wohin gehen wir?* (1946); DERS., *Wo stehen wir?* (1946). Vgl. auch NIETHAMMER, 219 ff.

Zeichen der Verschärfung der Entnazifizierung im September 1945 führende Männer der ehemaligen BVP, wie Fritz Schäffer, aus dem politischen Leben ausschloß. Aber in Alois Hundhammer blieb der eigentliche Führer jener Gruppe, die eine Erneuerung der Prinzipien der BVP wünschte, aktiv im politischen Leben.

Das entscheidende Ergebnis der Entwicklung bis zur Zulassung der CSU als Landespartei war, daß aus den verschiedenen vorparteilichen Gruppen unterschiedlichen, oft gegensätzlichen geistigen und sozialen Herkommens nicht verschiedene Parteien, sondern nur eine Partei entstanden war³⁸. Zweifelsohne mit einer wesentlichen Folge der gesellschaftlichen Nivellierung während des Dritten Reiches; wenn man bedenkt, daß gesellschaftliche Gemeinsamkeiten politische Gegensätze, aber politische Gemeinsamkeiten nur in den seltensten Fällen gesellschaftliche Gegensätze überwinden. Trotzdem bestanden Widersprüche fort, nur auf parteiinterner Ebene.

Die Strömungen, die sich nunmehr zur Wirkung brachten, gründeten in der skizzierten Anfangssituation der Partei. Sie bestimmten die innerparteiliche Diskussion bis 1949. Die Gruppe, die aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus kam, entwickelte keine politische Eigenständigkeit. Ihre Mitglieder schlossen sich den einzelnen Richtungen an und gingen darin auf. Sie blieben auf Grund ihrer Vergangenheit, wie Dr. Josef Müller^{38a}, vielleicht an führender Stelle der Partei, Adam Stegerwald selbst konnte zwar nicht mehr auf die Gründung, aber auf die künftige Entwicklung der Partei Einfluß nehmen. Er starb am 3. Dezember 1945. Sein entscheidender Anstoß einer interkonfessionellen Partei, offen für alle sozialen Schichten, wurde von Josef Müller und seinen Anhängern weitergetragen³⁹. Rasch identifizierten sich die Männer der sogenannten Frontgeneration mit diesen Zielen. Sie waren es vor allem, die nach den ersten Impulsen neben dem evangelischen Element – vertreten durch Johannes Semler, Dekan Langenfaß, Eichhorn und von

³⁸ Einzelheiten vgl. Walter BERBERICH, *Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundesrepublik*. (Diss. Würzburg 1965).

^{38a} Dr. Josef Müller, geb. 1888 in Steinwiesen/Ofr., war der Sohn eines Bauern. Er verdiente sich sein Studium der Rechtswissenschaft vielfach in Feldarbeit auf dem Land, was ihm den Spitznamen „Ochsensepp“ einbrachte.

³⁹ Am 8. Juli 1945 trafen sich Stegerwald und Müller in Rothenburg o. T. Sie einigten sich sehr schnell über Prinzipien und Namen der neuen christlichen Partei. Vgl. BERBERICH, 34 f. Zur Würdigung J. Müllers und seiner Anhänger vgl. auch NIETHAMMER, 223 ff.

Eicken –, dieser Richtung das Gepräge gaben. Zu ihr zählten in erster Linie Franz Josef Strauß, Otto Schedl und Vertreter der jungen Generation, die sich später in der Jungen Union sammelten. Neben der Gruppe um Müller gewann im Sommer 1945 zusehends jene Richtung bei der christlichen Parteibewegung in München und Oberbayern Einfluß, die die bayerisch-katholische Tradition der BVP wieder aufleben lassen wollte. Sie wurde von so starken politischen Erscheinungen vertreten, wie dem ehemaligen BVP-Vorsitzenden und nunmehrigen bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer^{39a}, den vormaligen BVP-Abgeordneten und Vertreter der christlichen Bauernvereine Alois Hundhammer und den ehemaligen Generalsekretär der BVP Studienrat Anton Pfeiffer.

Diese beiden Gruppierungen bestimmten das Schicksal der CSU in der Gründungsphase. Ihre Wirksamkeit entfalteten sie in München. Hierher hatte sich der Schwerpunkt der Arbeit verlagert, als die amerikanische Militärregierung im August 1945 erkennen ließ, daß sie in absehbarer Zeit Parteigründungen auf Landesebene zulassen würde. Die beiden Richtungen profilierten sich dadurch stärker, wobei sich im Gegensatz zu bisherigen Annahmen vor allem zeigte, daß bei den Auseinandersetzungen zwischen beiden um den Charakter der ins Leben zu rufenden Partei weniger persönliche Streitigkeiten als grundsätzliche Erwägungen im Vordergrund standen. Die im Sommer und Herbst 1945 gegründeten christlichen Parteien auf Kreisebene hatten trotz ihrer grundsätzlichen Tendenz in eine der beiden Richtungen zunächst wenig miteinander gemeinsam. Allein die verschiedenen Benennungen⁴⁰ der einzelnen Gruppen zeigen dies. Unter dem Zwang des überregionalen Zusammenschlusses polarisierte sich die Entwicklung. Die Männer um Stegerwald und Müller, unterstützt von den Anhängern in Franken, Schwaben und der Oberpfalz, wollten als bewußten Neubeginn eine „Christlich-Soziale Union in Bayern“: „Christlich“ nicht im Sinne von kirchlich, nicht im Sinne von antisozialistisch oder antikommunistisch, sondern ausschließlich im antinationalsozialistischen Sinne; „sozial“ sollte das abgegriffene Wort „demokratisch“ ersetzen und auf die Offenheit gegenüber allen

^{39a} Fritz Schäffer, geb. 1888, studierte Jura, ging 1917 in den bayerischen Staatsverwaltungsdienst, war 1930–33 Vorsitzender der BVP, 1945 Bayerischer Ministerpräsident, 1949–57 Bundesfinanzminister, 1957–61 Bundesjustizminister und trat 1961 in den Ruhestand.

⁴⁰ Dies waren „Liga“, „Union“, „Christlich-soziale Sammelbewegung“, „Christlich-demokratische Partei“, „Partei der Christlich-sozialen Einigung in Bayern“, „Bayerischer Volksbund“, „Bayerische Volkspartei“, „Christliche Volkspartei in Bayern“ oder „Bayerische CSU“.

sozialen Schichten, besonders der Arbeiterschaft in der Gewerkschaftstradition hindeuten; „Union“ schließlich als Ausdruck dynamischer Zielsetzung sollte die interkonfessionelle Aufgeschlossenheit dartun⁴¹. Gegen diese Namensgebung wandte sich die oberbayrisch-münchner Gruppe um Schäffer und Hundhammer. Sie strebten eine stärkere Konfessionalisierung im Sinne einer bäuerlich-bayerischen Staatsverbundenheit in der Tradition der BVP an. Fritz Schäffer erkannte, daß eine rein katholisch-bäuerliche Partei unzeitgemäß war, er wollte daher eine „Christliche Volkspartei in Bayern“, aber auch diese konnte er nicht durchsetzen. Der Kompromiß „Bayerische Christlich-soziale Union“ läßt die stärkemäßige Ausgewogenheit der beiden konkurrierenden Gruppen erkennen. Dies verdeutlicht auch das Ringen um das im September 1945 bei der Besatzungsmacht einzureichende Grundsatzprogramm zur Lizenzierung der Partei auf Landesebene. Der von Josef Müller vorgelegte, an sich schon akzeptierte Entwurf⁴² erfuhr im Sinne der alten BVP-Tradition eine Abänderung: Das Traditionell-positiv-staatliche wurde stärker betont⁴³. Das Allgemein-christliche trat gegenüber dem Kirchlich-christlichen zurück⁴⁴, wodurch aus der Rückwärtsorientierung des Christlichen als Alternative zur Ideologie des Nationalsozialismus eine Zukunftsorientierung besonders hinsichtlich der Kulturpolitik wurde. Das

⁴¹ Vgl. u. a. Schäffer-Nachlaß; BERBERICH, 49 ff.; Festansprache Josef Müllers, in: 10 Jahre Christlich-Soziale Union in Bayern. Hrsg. vom Generalsekretariat der CSU in Bayern aus Anlaß des Landesparteitages am 23. Oktober 1955 in München, 37 ff.

⁴² Text im Schäffer-Nachlaß.

⁴³ So wurde der Satz in der Präambel „Wir lehnen deswegen alle Bestrebungen, aus denen in Zukunft wieder eine Diktatur irgendwelcher Prägung entstehen könnte, kompromißlos ab“ in Anbetracht dessen, daß die „echte Demokratie“ als Grundsatz schon hervorgehoben worden war, gestrichen. Außerdem wurde in Ziffer 3 der Satz „Ein einwandfreies, in Umfang und Aufbau den völlig veränderten Verhältnissen angepaßtes Berufsbeamtentum wird unsere Gemeinschaft nicht entbehren können“ gestrichen.

⁴⁴ Präambel: Das Christentum als der „sinnfälligste Ausdruck“ der menschlichen Freiheit wurde zum Christentum als „der Lebensquelle aller gesunden Kultur“. Außerdem wurde folgender Absatz gestrichen: „Wir haben erkannt, daß nach den in den letzten Jahren gemeinsam erduldeten Verfolgungen und Leiden jede Betonung von Gegensätzen des religiösen Bekenntnisses in der Politik sinnlos wäre. Heute muß das Gemeinsame, nicht das Trennende, betont werden. Es ist deshalb heute nicht mehr die Zeit, wie einst eine Partei in vorwiegender Bindung an eine Konfession zu bilden. Gemeinsam muß bei voller Freiheit des religiösen Bekenntnisses die Anerkennung des christlichen Sittengesetzes als einer entscheidenden Grundlage unserer abendländischen Kultur sein. Wir wissen, daß auf diesem Boden auch jene zu uns finden können, die das Dogma einer christlichen Kirche nicht mehr bekennen zu können glauben“.

Christliche gewann damit wieder programmatischen Charakter. Die Abgrenzung gegenüber Mitläufern des Nationalsozialismus wurde gelindert⁴⁵. Das Soziale fand gegen die Interessen des Gewerkschaftsflügels eine klassenmäßige Ausprägung⁴⁶. Diese Änderungen sollten die Einheit der christlichen Parteibewegung sichern. Sie kamen vor allem durch Vermittlung des Münchner Oberbürgermeisters Karl Scharnagl, des Stadtpfarrers Emil Muhler und des ehemaligen christlichen Gewerkschaftlers Heinrich Krehle zustande. Trotzdem war das Programm der „Bayerischen Christlich-sozialen Union“ durch die Hartnäckigkeit besonders Hundhammers und Pfeiffers auch in dieser Form noch gefährdet⁴⁷.

Die Entscheidung führte schließlich indirekt die Militärregierung herbei. Im Zuge der verschärften Entnazifizierung wurde Fritz Schäffer als Ministerpräsident Bayerns am 28. September 1945 abgesetzt. Jeder weiteren politischen Aktivität mußte er sich enthalten⁴⁸. Der Einfluß der Männer, die im Sinne der BVP-Tradition arbeiteten, erlitt damit einen schweren Rückschlag. In der Tat konnte dadurch Josef Müller mit seinen Helfern Botschafter a. D. Friedrich von Prittwitz und Gaffron, Dekan Langenfaß, Otto Schedl, August Hausleiter, Eugen Rindt und Michl Horlacher durch intensivste Kleinarbeit auf unterster Ebene der Partei jenen Vorsprung ausbauen, der ihn zum Führer der Gesamtpartei machte, obwohl Alois Hundhammer und Anton Pfeiffer ihren Besitzstand in Oberbayern wahren konnten. Am 17. Dezember 1945 wählte der vorbereitende Ausschuß für die Parteigründung auf Landesebene Josef Müller zum vorläufigen Vorsitzenden. Dieser erhielt am 8. Januar 1946 von der Militärregierung die Erlaubnis unter dem Namen „Christlich-Soziale Union in Bayern“ die Landespartei endgültig zu gründen. Die Streichung

⁴⁵ In Ziffer 1 wurde die Bedingung für Mitläufer der NSDAP zur Teilnahme am öffentlichen Leben „unter der Voraussetzung der Überprüfung in einem Rechtsverfahren“ gestrichen. Vgl. auch Ziffer 5 und 6.

⁴⁶ So wurden in Ziffer 9 der Halbsatz „... und Sicherung des gerechten Gegenwertes für die geleistete Arbeit“ und der Satz „Zur Vermeidung eines Schadens für das Gemeinwohl soll so der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit gesetzliche und geordnete Form gegeben und geholfen werden, Interessengegensätze auszugleichen und unvermeidbare Streitigkeiten zu schlichten“ gestrichen.

⁴⁷ Brief Scharnagls an Schäffer am 22. September 1945, Schäffer-Nachlaß.

⁴⁸ Vgl. Abschnitt „Besatzungspolitik und wirtschaftliche Lage“.

⁴⁹ Vgl. Schäffer-Nachlaß; Fritz BAER, Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945–1962. Dokumentation und Analyse. (1971). Zeitschrift für Bay. Landesgeschichte. Beiheft 3, Reihe B; Fritz SCHÄFFER, Die Zeit der ersten Ministerpräsidentschaft in Bayern nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945. Die Bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit (1945–1963) H. 1. Historisch-Politische Schriftenreihe des Neuen Presseklubs, München.

der Bezeichnung „Bayerische“ durch die Besatzungsmacht bedeutete ohne Zweifel die Preisgabe eines weitem Stückes BVP-Tradition.

Überblickt man die erste Phase der Gründung der CSU, so ist sie einerseits vom Willen der Beteiligten zu *einer* Partei gekennzeichnet, andererseits bildeten sich gleichzeitig zwei gegensätzliche, sich bekämpfende Formprinzipien heraus: jenes des politischen Pragmatismus und das der „Weltanschauung“. Ersterem huldigten neben Mitgliedern des Widerstandes aus historischer Tradition der linke Flügel der BVP, dem der bayerisch-bäuerlich-konfessionell-katholische Rahmen zu eng war, und die Männer der Frontgeneration, die ohne Illusion, ohne Tradition, ohne Vermögen das politische Geschäft betrieben und zu Technokraten der Macht wurden. Ihr Interesse galt dem Parteiapparat und ideologische Absichten verfolgten sie nur, wenn sie ihren politischen Interessen dienlich schienen. Das Prinzip einer „Weltanschauungspartei“⁵⁰ im Geiste der alten BVP suchten vor allem ihre ehemaligen Führer zu verwirklichen. Der Inhalt des Begriffes „Weltanschauung“ war dabei verschwommen. In einer Hinsicht konkretisierte er sich jedoch bald. Im Zuge der zunehmenden Ost-West-Spannungen richtete sich sein christlicher Gehalt vor allem auch gegen den Kommunismus. Die Militärregierung verhalf zwar den „Pragmatikern“ Josef Müller, Franz-Josef Strauß, Otto Schedl, Michl Horlacher, später August Hausleiter zunächst zu einem Übergewicht – sie standen auch dem amerikanischen Verständnis von Demokratie am nächsten –, jedoch wurde damit die Auseinandersetzung mit der „Weltanschauungs“-Richtung nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Dafür sorgten der liberale, tief-religiöse, hochqualifizierte Beamte und erfahrene Politiker Fritz Schäffer und der konservative, kirchlich-katholische, römisch gesinnte Alois Hundhammer. Von ihm sagte man, daß seine nie wankende, fast fatalistische Unveränderlichkeit seine Stärke und Schwäche sei. Schäffer hatte bei seiner Absetzung als Ministerpräsident Stegerwald und Müller immer im ungerechtfertigten Verdacht der Denunzierung bei der Militärregierung⁵¹. Im Bewußtsein seiner Unschuld verfocht er rechtlich, moralisch und politisch seine Rehabilitierung⁵². So überdeckte oft der persönliche Gegensatz die politisch-sachlich

⁵⁰ Der Begriff „Weltanschauungspartei“ wurde im Zuge der innerparteilichen Auseinandersetzungen auch offiziell immer mehr zur Kampfparole der oberbayerischen Richtung um Hundhammer und Schäffer. Vgl. Schäffer-Nachlaß.

⁵¹ Unterlagen Schäffer-Nachlaß; Fritz BAER, 18 f.

⁵² Schäffers völlige Rehabilitierung erfolgte durch Entscheidung des Kassationshofes am 18. November 1947.

unterschiedlichen Auffassungen. In Wirklichkeit ging es bei der innerparteilichen Diskussion nicht nur um den künftigen Charakter der CSU, sondern auch um das Wesen von Staat und Gesellschaft.

Honoratioren- oder Volkspartei

Das unmittelbare Interesse der Unionsführer richtete sich seit Januar 1946 auf den Ausbau der Partei auf unterer Ebene und galt der Festigung der eigenen Position. Josef Müller gelang es als Landesvorsitzenden bis 1949 ständig mit etwa Zwei-Drittel-Mehrheit in seinem Amt bestätigt zu werden. Wertvolle Hilfe leisteten ihm eine Anzahl jüngerer pragmatischer und organisatorisch begabter Männer, die er sich in die Landesgeschäftsstelle der CSU nach München holte. In Oberbayern restaurierte sich die Gesellschaft in der Struktur der Vorkriegszeit unverhältnismäßig rasch. So war es fast eine Selbstverständlichkeit, als am 4. Januar 1946 auf der konstituierenden Sitzung des Bezirksverbandes, gut vorbereitet durch honorable Vertrauensmänner, Alois Hundhammer zum Vorsitzenden gewählt wurde⁵³. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen wirkten sich 1946 auf die Wahlergebnisse noch nicht aus, obwohl die Kontrahenten ihre Gegensätze auch in der Presse austrugen und die Öffentlichkeit in lebhafter Diskussion Anteil nahm⁵⁴. Bei den Kommunalwahlen (in Gemeinden bis 20 000 Einwohner) am 27. Januar 1946 erhielt die CSU 44,7% und die SPD 16,7% der abgegebenen Stimmen. Am 28. April 1946 fanden die Kreistagswahlen statt. Hier steigerte sich die CSU auf 67,5% und die SPD auf 22,1% der abgegebenen Stimmen. Die Stadtkreiswahlen (Gemeinden über 20 000 Einwohner) am 26. Mai 1946 brachten der CSU immerhin noch 44% und der SPD 37,2% der abgegebenen Stimmen. Die Geschlossenheit, die aus diesen Ergebnissen zu sprechen scheint, war aber nur an der Oberfläche vorhanden. Schon bei der nächsten grundlegenden Entscheidung für die staatliche Ent-

⁵³ Fritz Schäffer hätte sich diesen Weg der Parteigründung über Honoratioren wohl in ganz Bayern gewünscht; er wußte aber, daß dies in der unmittelbaren Nachkriegssituation nicht möglich war. Aus diesem Grunde empfahl er der Militärregierung am 22. August 1945 auch, zunächst bis zur Ordnung der Verhältnisse mit Parteiengründungen zu warten. Vgl. BAER, 14.

⁵⁴ Vgl. z. B. die heftigen Angriffe des ehemaligen BVP-, nunmehrigen CSU-Mitgliedes und Mitherausgebers der „Isar-Post“, Landshut, Dr. Georg Pix auf Schäffer und die BVP; Korrespondenz Schäffer-Nachlaß.

wicklung schmolz sie dahin. Dies geschah bei der Beratung einer Verfassung für Bayern im Sommer und Herbst 1946⁵⁵. Der Ablauf der Ereignisse wurde von dieser Ausgangssituation bestimmt.

Am 30. Juni 1946 fanden die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung statt. Von den 180 Sitzen errang die CSU 109 (58,3% der abgegebenen Stimmen), die SPD 51 (28,88%), die KPD 8 (5,3%), die WAV 8 (5,1%) und die FDP 4 (2,5%). Die CSU hatte damit zwar die absolute Mehrheit erlangt, aber eine ausgreifende Politik verfolgte sie nicht. Die Ursache lag in der grundsätzlich unterschiedlichen Auffassung ihrer beiden Richtungen über die staatliche Ordnung Bayerns und die Gestaltung eines künftigen deutschen Bundesstaates. Die daraus resultierenden, mit allen Mitteln geführten Auseinandersetzungen wirkten auf die Struktur der Partei zurück.

Bereits im Frühjahr 1946 bekannte sich Alois Hundhammer zur Monarchie⁵⁶. Diesem Verlangen lag die Idee eines Südstaates, Südweststaates oder einer Donauföderation, zumindest separatistische Vorstellungen zugrunde, denn es war kaum denkbar, daß ein bayerischer König dem Präsidenten einer deutschen Republik untergeordnet werde. Abgesehen von praktischen Erwägungen lehnten Müller und die Mehrheit der Partei aus republikanisch-bundesstaatlichen Überlegungen die Monarchie ab. Das Verbot der Königspartei durch die Besatzungsmacht enthob die CSU einer Beschlußfassung über die Frage. In der Verfassungsgebenden Landesversammlung brachte Hundhammer diese Forderung in stark veränderter Form wieder vor. Er stellte den Antrag auf Einführung eines bayerischen Staatspräsidenten. Wilhelm Hoegner, einige Abgeordnete, der spätere Ministerpräsident Hans Ehard und der größte Teil der CSU-Fraktion unterstützten ihn dabei: Der Vorschlag wurde aber trotzdem von Josef Müller, einem kleineren Teil der CSU, einer Mehrheit der SPD, der FDP, KPD und WAV am 12. September 1946 mit 85 zu 84 Stimmen nach heftigen Debatten abgelehnt. Ein erneuter Versuch Hundhammers am 19. September scheiterte jedoch mit 87 zu 81 Stimmen

⁵⁵ Am 9. Februar 1946 erging ein entsprechender Auftrag der Militärregierung an Ministerpräsident Hoegner, vorbereitende Maßnahmen zu ergreifen.

⁵⁶ BERBERICH, 60 ff.

⁵⁷ Es bestehen Beziehungen zu den alliierten Aufteilungsplänen Deutschlands. Vgl. Karl BOSL, Die Aufteilungspläne der Alliierten in den Verhandlungen von Casablanca bis zur Potsdamer Konferenz und die Grundtatsachen der Teilung Deutschlands, in: Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. Internationale, nationale und wirtschaftlich-soziale Probleme. Hrsg. v. K. BOSL (1971) 23–36.

deutlicher. Es blieb nicht bei diesem negativen Ergebnis. Die Gegner Hundhammers und seiner Anhänger formulierten in Art. 178 und Art. 180 ein eindeutiges Bekenntnis zu einem deutschen Bundesstaat⁵⁸.

Die Abstimmungen zeigen, daß die CSU-Fraktion nicht geschlossen vorging. In dieser Uneinigkeit spiegelt sich das Spannungsverhältnis zwischen Fraktion und Partei. Alois Hundhammer, der zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war, hatte hier eine ähnliche Mehrheit wie Josef Müller in den Parteigremien. Die Ursache dieser Divergenz lag im Modus der Kandidatenaufstellung zur Verfassungsgebenden Versammlung. Das Recht dazu hatten im wesentlichen die Kreis- und Bezirksverbände, wohingegen die Parteizentrale kaum Einfluß nehmen konnte. Der bereits skizzierte Lokalismus und die unmittelbare Notlage förderten den Trend zum Honorationenprinzip bei der Kandidatenauswahl. Der Parteivorsitzende suchte, um seinen Einfluß zu sichern, grundsätzlich ein Weisungsrecht der Partei gegenüber der Fraktion durchzusetzen. Hundhammer lehnte dies ab; er forderte Fraktionszwang bei Fraktionsbeschluß. Müller und Hausleiter erwiesen sich im Verlauf der Auseinandersetzungen als Pragmatiker. Sie erkannten, daß sich unter den gegebenen Umständen die Fraktion in der Praxis nicht an die Kandare der Partei nehmen ließ. In diesem Sinne sprach sich der Landesausschuß der CSU am 6. September 1946 gegen jeglichen Fraktionszwang aus. Der Abgeordnete sollte in entscheidenden Fragen nur seinem Gewissen und seinen Wählern verantwortlich sein. Dies bedeutete einerseits, daß sich in der Fraktion eine Minderheit deutlicher zur Geltung bringen konnte, andererseits aber auch eine weitgehende Unabhängigkeit der Fraktion als Ganzes von der Partei; so blieb die Ambivalenz beider über die Frage des Staatspräsidenten hinaus erhalten⁵⁹.

Mit der Annahme der Verfassung am 1. Dezember 1946 durch Volksentscheid wurde gleichzeitig der Erste Bayerische Landtag gewählt. Die CSU erhielt mit 104 Sitzen (52,3% der abgegebenen Stimmen) von 180 die absolute Mehrheit⁶⁰. Hoegner trat angesichts des Wahlergebnisses zurück, um für die CSU den Weg zur Regierungsbildung frei zu machen. Die Landesversammlung der CSU am 14./15. Dezember 1946 in Eich-

⁵⁸ Zur Würdigung der Bayerischen Verfassung vgl. Karl Bosl, Zum 20. Jahrestag der Bayerischen Verfassung von 1946, in: ZBLG 30 (1967) 3–19.

⁵⁹ Unter dem Bestreben, seinen Einfluß in der Fraktion wenigstens teilweise zu wahren, sprach sich Müller später auch grundsätzlich gegen den Fraktionszwang aus. Vgl. „Union-Dienst“, Febr. 1947.

⁶⁰ SPD 28,6% = 54 Sitze; WAV 7,4% = 13 Sitze; FDP 5,6% = 9 Sitze.

stätt befaßte sich mit dieser Frage. Sie wählte Josef Müller mit 327 von 428 Stimmen wieder zum Parteivorsitzenden und empfahl, ihn maßgeblich an der Regierungsbildung zu beteiligen und nur im äußersten Fall eine Koalitionsregierung mit der SPD einzugehen. In der CSU-Fraktionssitzung drei Tage später wurde jedoch unter dem Einfluß Hundhammers Anton Pfeiffer beauftragt, eine Regierung zu bilden und mit der SPD Koalitionsverhandlungen aufzunehmen⁶¹. Obwohl Pfeiffer am Widerstand der SPD scheiterte, gelang es Alois Hundhammer im Zusammenspiel mit Wilhelm Hoegner, der Müller von vorneherein ablehnte⁶², bei der Wahl des Ministerpräsidenten am 21. Dezember 1946 in der kriegsbeschädigten Aula der Universität München den eigenen Mann Hans Ehard durchzubringen⁶³. Josef Müller und mit ihm die Mehrheit der Partei waren ausgetobt worden. Der Landesausschuß der CSU kritisierte zwar das Verhalten Hundhammers⁶⁴, aber faktisch änderte dies zunächst nichts. Erst als die SPD im September 1947 aus der Koalition austrat, berief Ehard unter dem Druck der Partei Josef Müller zum Justizminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Der Gegensatz Müller–Hundhammer wurde vordergründig oft als ein rein persönlicher apostrophiert. Sicher, beide Charaktere standen sich diametral gegenüber: Hier der Pragmatiker, Technokrat der Macht, trotzdem bohemienhaft lebend, daher suspekt, der Organisator, der in ständiger Kleinarbeit eine schlagkräftige Partei aufzubauen und politisch das ganze Deutschland in einem europäischen Staatensystem⁶⁵ zu verwirklichen suchte, – dort der Honoratior, anerkannt unter Seinesgleichen, den Weg der staatlich-bayerischen und katholisch-konfessionellen Begrenzung gehend, nach diesen festen, unveränderlichen Prinzipien lebend, die er mit Sendungsbewußtsein dem Volke zu bringen suchte, nie ganz parteienstaatlich denkend. Darin zeigt sich, daß persönliche Rivalitäten, auch wenn sie eine Rolle spielten, nicht die Ursache der Auseinandersetzungen waren. Nur zwei grundsätzliche Differenzen hinsichtlich des Ost-West-Verhältnisses und bezüglich des Föderalismusverständnisses sollen hervorgehoben werden.

⁶¹ Vgl. BERBERICH, 74.

⁶² Hoegner und die bayerischen Sozialdemokraten gingen hier eigene Wege, denn sonst wurde Müller von der SPD als „Bewahrer des Reiches im Süden“ anerkannt. P. H. MERKL, *Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland*. (1965) 167.

⁶³ Vgl. BAER, 71 f.

⁶⁴ „Union-Dienst“, Januar 1947 und Bericht Eugen Rindts, Augsburg, an die Militärregierung vom 9. April 1947.

⁶⁵ Vgl. z. B. BAER, 70.

Den Ausgleich mit der Sowjetunion, den Müller durch seine Kontakte zu Karlshorst anstrebte, um eine Teilung Deutschlands zu vermeiden, sah Hundhammer als einen Verrat an den weltanschaulichen Grundlagen der CSU⁶⁶. Müller wurde in seinem Bemühen vom führenden evangelischen Gründungsmitglied der Union Friedrich von Prittwitz und Gaffron⁶⁷, vom mehrjährigen stellvertretenden Parteivorsitzenden August Hausleiter und vom Gründungsmitglied der CDU in Greifswald, nunmehrigen Professor an der Universität Würzburg Ulrich Noack unterstützt⁶⁸, aber die politischen Absichten Konrad Adenauers und der Amerikaner standen diesen Bestrebungen entgegen. Auch in der Vorstellung vom Föderalismus schieden sich die Geister. Müller und seine Anhänger sahen in ihm ein demokratisches Prinzip im deutschen bundesstaatlichen Rahmen, das folglich seine politisch-willensbildende Kraft aus dem „inneren“ föderalistischen oder Selbstverwaltungsaufbau Bayerns gewinnen sollte. Für die Hundhammer-Richtung erschöpfte sich Föderalismus vorwiegend im positiv-rechtlichen, organisch-staatsideologischen Sinne. Die Betonung der bayerischen Staatspersönlichkeit – von Gegnern als Separatismus apostrophiert – kennzeichnet den Weg der Begrenzung und beschwor die Gefahr eines staatlich-bürokratischen, regionalen Zentralismus herauf, den man überregional so sehr kritisierte⁶⁹. Deutlich unterstreichen diese Tendenz die im April 1947 in der „Schriftenreihe der CSU“ „Fragen der Zeit“ unter dem Pseudonym Martell erschienenen und von Müller inspirierten Gedanken junger Unionspolitiker. Unter dem Titel „Ist das Demokratie?“ üben sie heftige Kritik an Staat und Bürokratie. Das Parteiinteresse stehe über dem Gesamtinteresse (S. 3). Die notwendige Revolution nach 1945 sei ausgeblieben, die Macht liege wie vorher bei der Bürokratie und hindere das parlamentarische System, eine Lebensform zu werden (S. 4 und 7). Der Mensch dürfe nicht verstaatlicht, sondern der Staat muß vermenschlicht werden (S. 7). „Je stärker der Staatsmechanismus entwickelt ist, desto weniger hat die Selbstverwaltung zu sagen und desto kleiner ist der Schritt vom Bürger zum Sklaven“ (S. 8). „Uns will

⁶⁶ Unterlagen, Schäffer-Nachlaß.

⁶⁷ Friedrich von Prittwitz und Gaffron war bis 1933 Botschafter in den USA und nach 1945 auch stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion und zugleich Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU. Seine politische Einstellung trug vermutlich wesentlich dazu bei, daß dieses Gremium nie eine Bedeutung erlangte.

⁶⁸ Vgl. BERBERICH, 110 ff.

⁶⁹ Vgl. MEYERHOFF, 201, 204 f.

scheinen, daß nicht zuletzt die Sucht zur Bürokratie undemokratisch ist, daß der Abbau der Behörden die erste Voraussetzung zu jeder Selbstverwaltung bildet“ (S. 9). Die Parteien sind nicht Selbstzweck, sie müßten über Gegensätze hinweg integrierend wirken (S. 17 f.). „Nicht Verfassungen, nicht Parlamente, nicht Parteien bedeuten bereits die ‚Demokratie‘, sondern erst die Demokraten, die den Grundrechten der Demokratie aus innerster Überzeugung zu folgen bereit sind“ (S. 20). „Die formale Demokratie muß durch die substantielle Demokratie ersetzt werden“ (S. 22). Wenn auch – obwohl es sich um eine offizielle Parteischrift handelt – manches wohl übertrieben ist, so zeigt sich in diesen Äußerungen doch die Dynamik, die klare Erkenntnis der Mängel und der unbändige Wille zum Aufbau einer strukturell-demokratischen Ordnung.

Das Bild der Partei wurde weiterhin durch den Streit um die Parteisatzung⁷⁰ bestimmt. Dieser sollte im Jahre 1948 zugleich den Anlaß dafür bieten, den Entscheidungskampf zwischen beiden Richtungen der CSU herbeizuführen. Zunächst gelang es Josef Müller im Zusammenspiel mit der Besatzungsmacht 1946 ein Parteistatut nach seinen Vorstellungen durchzusetzen. Es war stark zentralistisch, bot dem Vorsitzenden ein Höchstmaß an Macht und gab ihm die Möglichkeit über den Parteiapparat – die Bezirksgeschäftsführer wurden im wesentlichen von der Landesvorstandschaft angestellt und bezahlt – auch auf die Bezirksverbände Einfluß auszuüben. Alois Hundhammer suchte nun von seiner Position als Bezirksvorsitzender von Oberbayern her organisatorisch die Gesamtpartei entscheidend zu bestimmen, oder wenigstens den Bezirksverband Oberbayern weitgehend autonom zu machen. Er schlug daher vor, den Vorsitzenden der Partei durch ein Direktorium abzulösen, den geschäftsführenden Landesvorstand neben dem Direktorium ausschließlich durch Bezirksvorsitzende aufzufüllen, die Geschäftsführer allein von Kreis- bzw. Bezirksverbänden anzustellen, die Zahl der Delegierten nach Wählerstimmen vorzunehmen, was ein entscheidendes Übergewicht Oberbayerns als des größten Bezirksverbandes bewirkt hätte, und den Bezirksverbänden das Recht und die Mittel zuzubilligen, eigene Mitteilungsblätter herauszugeben⁷¹. Die Verwirklichung dieser Vorschläge hät-

⁷⁰ Am 8. Januar 1946 wurde ein erster Entwurf der Satzung in den Parteigremien angenommen. Nach Verhandlungen und Einfluß der Militärregierung fand schließlich die endgültige Fassung auf der Landesversammlung in Eichstätt am 14./15. Dezember 1946 Annahme. Sie galt bis 1952.

⁷¹ Unterlagen, Schäffer-Nachlaß.

te unter den gegebenen Verhältnissen eine völlige Dezentralisierung, wenn nicht Auflösung der Partei, eine Lahmlegung der Parteispitze zugunsten des Fraktionsvorsitzenden bedeutet und drückendes Übergewicht des Bezirksverbandes Oberbayern innerhalb der Partei zur Folge gehabt. Kein Wunder, daß sich Hundhammer und seine Freunde nicht durchsetzten.

Zwei Ereignisse ließen den Satzungsstreit 1948 zur Existenzfrage der Partei werden: der Übertritt Landwirtschaftsministers Josef Baumgartner im Dezember 1947 zur Bayernpartei und – nach seiner Rehabilitierung – der Wiedereintritt Fritz Schäffers im Januar 1948 in die Politik. Baumgartner machte die BP zu einer schlagkräftigen Landesorganisation, die einen Einbruch in das Wählerpotential der CSU erzielte⁷². Fritz Schäffer, dem sein Freund Alois Hundhammer im Februar 1948 als politische Ausgangsbasis den CSU-Bezirksvorsitz überließ, benutzte die Satzungsfragen, um die CSU mit deutlich südbayerischem Gewicht zu einer „demokratischen Weltanschauungspartei“ zu machen, die im „Geisterkampf zwischen Osten und Westen“ bestehen könne⁷³. Die Ausschaltung Müllers wurde dabei als unabdingbar angesehen und die Gründung einer neuen Partei unter Einbeziehung der CSU und BP ins Auge gefaßt. Auf die Solidarität der oberbayerischen CSU von der Jungen Union⁷⁴ bis zu den Orts- und Kreisverbänden konnte sich Schäffer voll stützen. Eine Ausnahme bildete der Kreisverband Schongau mit seinem Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der seit 1946 auch Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes war, im Dezember 1948 Generalsekretär der CSU wurde und aus seiner pragmatischen Grundhaltung das Interesse der bestehenden Partei im Sinne Müllers im Auge hatte. Auf seiner Sitzung am 14. Februar 1948 forderte der Bezirksverband Oberbayern den Landesvorstand ultimativ auf, Satzungsänderungen in seinem Sinne

⁷² Als Ziele der BP nannte Baumgartner: „... einen eigenen bayerischen Staat, der sich zu gegebener Zeit einem deutschen Bund im Rahmen der europäischen Staatengemeinschaft anschließt. Die Bayernpartei sei eine Heimatpartei, die den übersteigerten Nationalismus bekämpfe; Flüchtlinge und Ausgewiesene hätten auch staatsbürgerliche Rechte, alle anderen Personen dürften nur Gastrecht in Anspruch nehmen; Personen, die in der Lage seien, in ihre frühere Heimat zurückzukehren, dies aber nicht wollten, müßte jedes Gastrecht abgesprochen werden“. Nach BAER, 95.

⁷³ Prot. d. Versammlung des CSU-Bezirksverbandes Obb. v. 10. März 1948; Brf. Schäffers an Gräfin Montgelas v. 12. Apr. 1948; nicht exped. Brf. Schäffers an den Landesvorstand v. 26. Apr. 1948; Schäffer-Nachlaß.

⁷⁴ Ihr Vorsitzender war damals der heutige Finanzminister Ludwig Huber.

– eine Neuauflage der Forderungen Hundhammers – einzuleiten. Bis dahin wollte der Bezirksverband zwar in der CSU bleiben, aber sich ungebunden verhalten und durch Schäffer an übergeordneten Problemen *direkt* beteiligt werden⁷⁵. Die Hoffnung der Oberbayern auf Solidaritätserklärungen weiterer Bezirksverbände erfüllte sich bis auf den Bezirksverband München nicht. Die Parteigremien verurteilten im Gegenteil das Verhalten der Oberbayern⁷⁶. Trotzdem gab Schäffer nicht nach. Bei den Kommunalwahlen im April/Mai 1948 verfolgte sein Bezirksverband verdeckt die Politik der Offenheit gegenüber der Bayernpartei und deren indirekte Unterstützung⁷⁷. Zugleich vermehrten sich Anzeichen und Gerüchte, daß Schäffer entweder zur Bayernpartei übertreten, oder eine neue christliche Sammelpartei gründen werde. Erwartungsgemäß brachten die Wahlen der CSU auf Landesebene gegenüber den Landtagswahlen von 1946 etwa 15% Verluste und in Oberbayern fast 20%. Auf Landesebene gewann die BP 8,9% und in Oberbayern 19% der abgegebenen Stimmen⁷⁸. Jede der beiden Richtungen interpretierte das Wahlergebnis zu eigenen Gunsten. Der Bezirksverband Oberbayern fand darin seine Auffassung bestätigt, daß die Verluste eine Absage der Wähler an die zentralistische, kommunistenfreundliche Politik des Parteivorsitzenden bedeuteten. Der Landesvorstand sah in den Gewinnen der BP die Folge einer mangelhaften Profilierung der eigenen Partei im Wahlkampf und erkannte in der indirekten Begünstigung des Gegners einen bewußt-taktischen Schachzug zur Spaltung der Partei. Er forcierte daher das vom Bezirksverband

⁷⁵ Vgl. Brfe Schäffers an Ministerpräsident Ehard und Konrad Adenauer am 14. Febr. 1948, Schäffer-Nachlaß.

⁷⁶ Z. B. Sitzung des Landesausschusses der CSU in Regensburg am 28./29. Febr. 1948.

⁷⁷ Unterlagen, Schäffer-Nachlaß, z. B. Prot. d. Vorst. Sitzung des Bezirksverbandes Obb. v. 5. März 1948.

⁷⁸ Folgende Tabelle läßt einen Vergleich der regionalen Verschiebungen zu (nach BERBERICH, 90):

	Landtagswahlen 1946	Kommunalwahlen 1948	
	CSU (in %)	CSU (in %)	BP (in %)
Obb.	48,2	30,2	19,0
Ndb.	60,2	44,7	11,9
Opf.	62,7	50,0	5,5
Ofr.	42,9	33,8	2,9
Mfr.	38,7	29,2	2,5
Ufr.	64,5	49,5	1,9
Schw.	59,6	44,0	4,9
Bayern	52,3	37,8	8,9

Oberfranken gegen Schäffer beantragte Parteiausschlußverfahren⁷⁹. Als der Bezirksverband Oberbayern sich mit seinem Vorsitzenden solidarierte, trieb der Richtungskampf einem Höhepunkt entgegen; denn nunmehr mußte Schäffer eine politische Alternative anbieten. Seine vielfältigen Kontakte und Überlegungen bis September 1948 ergaben aber, daß die BP auf Grund ihrer Heterogenität und idyllischen Politik unzeitgemäß war⁸⁰, eine neue Partei jedoch angesichts des mangelnden Interesses der übrigen CSU-Bezirksverbände und der organisatorischen Geschlossenheit der CSU⁸¹ in die Isolierung führen mußte. So steckte er zurück und forderte weiterhin Reform der Parteistruktur auf einer außerordentlichen Landesversammlung, deren Einberufung er leichter durchsetzen konnte. Für die Verwirklichung dieser Absicht reichte aber die Zeit nicht mehr aus, da die Eröffnung des Parteiausschlußverfahrens drohte. Diese persönliche Auseinandersetzung wollte Schäffer aber vermeiden, nachdem die sachlich-politische Alternative sich nicht realisieren ließ. Er trat – auch um den Bezirksverband Oberbayern aus seiner Verlegenheit zu befreien – am 14. September 1948 aus der CSU aus. Die Führung des Bezirksverbandes Oberbayern übernahm wieder Alois Hundhammer.

In der zweiten Gründungsphase der CSU stand das Prinzip der Volkspartei jenem der Honoratiorenpartei gegenüber. Ersteres verkörpert durch die Richtung Müller – sah die politische Willensbildung von unten nach oben vor, in einem lockeren und möglichst weitgesteckten programmatischen Rahmen mit primär politisch-pragmatischen Zielsetzungen. Damit sollte die Möglichkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Integration durch Kooperation mit anderen Parteien und Systemen offen gelassen werden

⁷⁹ Unterlagen, Schäffer-Nachlaß.

⁸⁰ Eindringlich warnt Univ.-Prof. Josef Stürmann seinen Freund Schäffer vor der BP, die nie „mehr als eine hoffnungslose Minorität in einem westdeutschen Staat darstellt, deren Ideen weder überzeugend sind, noch deren Ziel auf etwas anderes hinauslaufen könnte, als auf eine Isolierung Bayerns, die bei den heutigen großräumigen Überlegungen, besonders wirtschaftlicher Art, irrelevant ist“. Stürmann warnt vor „barock-sentimentalen“ Vorstellungen und kündigt an, der BP entgegenzuwirken, „die . . . eine sentimental-provinzielle Vorstellung von der politischen Aufgabe Bayerns hat“. Brf. an Schäffer am 15. September 1948, Schäffer-Nachlaß.

⁸¹ Nicht einmal alle oberbayerischen Orts- und Kreisverbände wollten aus der CSU ausscheiden. F.-J. Strauß erklärte am 6. März 1948 auf der Kreisversammlung München-Land bezüglich Obb.: „Der Bezirksverband wird auf jeden Fall neu organisiert werden, wenn Kreisverbände sagen, wir scheiden aus“. Prot. Schäffer-Nachlaß.

und zugleich in einer straffen Parteiorganisation Stärke und Grundlage der Auseinandersetzung im demokratischen Parteienstaat liegen. Der bayerische Lokalismus sollte dabei auch durch Hineinstellen des förderalistischen Prinzips in einen größeren Rahmen überwunden werden. Die Honoratiorenpartei dagegen – verkörpert durch die Richtung Hundhammer – kam ohne Willensbildung von oben nach unten nicht aus. Sie stützte sich auf eine führende Gesellschaftsschicht, die durch bestimmte begrenzte ideologische Maximen Zusammenhalt fand und Anerkennung im Volk erheischte. Ihr Einfluß und ihre Stärke hing wesentlich davon ab, ob sie sich auf staatliche oder öffentliche Autorität berufen konnte oder nicht. Ihr wohnte daher ein überparteilich-autoritärer Zug inne. Der zweiten Gründungsphase der CSU von Januar 1946 bis September 1948 lag ein Ringen dieser beiden Formprinzipien zugrunde, ohne daß eine Entscheidung zwischen beiden gefallen wäre.

Die CSU als „Staatspartei“

Da Schäffer nach wie vor am Parteileben teilnahm, stellte sich sein Austritt aus der CSU bald als ein formaler Akt heraus. Die Schlacht war also nur aufgeschoben und von einem Sieg Müllers und seiner Anhänger konnte nicht die Rede sein. Im Gegenteil, die Angriffe auf Müller, an denen er selbst nicht ganz unschuldig war, mehrten sich. So legte man ihm das mit hohen finanziellen Verlusten verbundene Presseexperiment, eine Neuauflage der ehemals scharf antinationalsozialistischen Zeitschrift „Der Gerade Weg“, persönlich zur Last. Überhaupt steckte die Landesleitung in einer tiefen Finanzmisere. Der Einbruch der Bayernpartei in das CSU-Wählerpotential wurde durch geschickte Propaganda des Hundhammer-Flügels von einer allgemeinen Parteikrise in eine Führungskrise umgemünzt. Konrad Adenauer, dem Offenheit gegenüber der Sowjetunion gefährlicher schien als bayerischer Separatismus, unterstützte durch Presseerklärungen und Briefe an führende Persönlichkeiten der CSU die Müller-Oponenten. Wesentlich war aber, daß der konservative Flügel seine Taktik änderte. Er verzichtete auf den Führungsanspruch innerhalb der Partei zugunsten von Hans Ehard, eines „Mannes des Ausgleichs“, wie man sagte. Damit wurde, nachdem der politische Sieg Hundhammers unmöglich war, wenigstens die Ausschaltung der Person Müllers erreicht.

Das Parteivolk atmete auf und war froh, der Auseinandersetzung um das Wesen der Partei aus dem Weg gehen zu können. Man stellte das bisherige Ringen als Frage des persönlichen Ehrgeizes hin und suggerierte sich, daß nur auf dem sich abzeichnenden Weg die Einheit der Partei zu erhalten sei. Zumindest die Mehrheit der Delegierten dachte so, die am 28. Mai 1949 auf der CSU-Landesversammlung in Straubing Ehard zum neuen Parteivorsitzenden wählte. Auch Franz Josef Strauß konnte durch seinen taktischen Schachzug, indem er sich gegen eine Personalunion Parteivorsitzender/Ministerpräsident aussprach, Müller nicht retten. Die Lösung Ehard war zu bequem.

Ministerpräsident Dr. Hans Ehard war kein Parteimann. Er kam aus dem Justizdienst und verkörperte in seinem Handeln und Sein die bayerische Staatstradition. Das Wesen des gesellschaftlich-integrierten Parteienstaates war ihm fremd. So betrat er in den sieben Jahren als amtierender CSU-Landesvorsitzender kein einziges Mal die Landesgeschäftsstelle⁸². Der Staat und seine Autorität war das Motiv seines politischen Bemühens. Er übernahm den Parteivorsitz, weil „die Zukunft der CSU eng mit der Zukunft Bayerns verbunden ist“ und es sich also um eine „bayerische staatspolitische Frage ersten Ranges“ handle. Dieses politisch-programmatische Bekenntnis legte Ehard nach seiner Wahl am 2. Juli 1949 in einer Rundfunkrede ab⁸³. Die Übernahme der Funktion des CSU-Vorsitzenden durch Ehard bedeutete das Ende der bisher freimütig und offen geführten innerparteilichen Diskussion und parteistrukturell die Festlegung auf den Staat und die Autorität. Diese Identifikation mit der Existenz des Staates schlechthin konnte nur äußere Klammer, aber nicht innere Harmonisierung der Gegensätze sein. Die Landesversammlung der CSU in Straubing setzte so den Schlußpunkt unter Entwicklungen, die tendenziell längst vorhanden waren und mehr den konservativen Parteiflügel kennzeichneten.

Das erste Ziel der Regierung Schäffer war der Aufbau einer funktionierenden Staatsverwaltung in traditioneller Weise gewesen. Um diese Arbeit nicht zu stören, hatte Schäffer – wie bereits ausgeführt – empfohlen, politische Parteien zunächst nicht zuzulassen. Auch wenn dies nicht ganz erreicht wurde, erlangte der zivile Verwaltungskörper jenen Vor-

⁸² „Bayerns CSU auf neuen Wegen“. Sonntagsblatt 34 (1955) 21. „Der Spiegel“, Hamburg, 6 (1955).

⁸³ Hans EHARD, Bayerische Politik. Ansprachen und Reden des bayerischen Ministerpräsidenten. (1952) 48–52.

sprung im Handeln, um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die späteren politischen Entscheidungen zu prägen. Er ersetzte das formale durch das individuelle Schuldprinzip bei der Entnazifizierung, so daß das amerikanische Konzept grundlegender Reformen unterlaufen wurde⁸⁴. Weiterhin trug er zu einer raschen Herausbildung eines starken konservativen Flügels innerhalb der christlichen Parteibewegung bei, der sich in Beamtschaft und Regierung auf reale Macht stützen konnte. Der Trend zur überbetonten Staatsautorität⁸⁵ wurde damit initiiert⁸⁶. In diesen Zusammenhang gehört auch der Kampf der Militärregierung mit der bayerischen Regierung um die Neuordnung des Beamtenwesens. Die Amerikaner sahen in den Verwaltungsbeamten eine Art privilegierte staatliche Funktionärskaste, „ein Fossil aus der Zeit des monarchischen Absolutismus“, deren politische Einstellung autoritär und undemokratisch sei⁸⁷. Da sich bei Beamtenabgeordneten machtpolitische Akzente häufig mit unklaren Vorstellungen über die Struktur des Staates vermischten, wandte sich die Militärregierung gegen die Wählbarkeit von Beamten zu Abgeordneten⁸⁸. Die bayerische Regierung setzt sich aber letztlich durch. Im Durchschnitt betrug seit 1946 der Anteil der öffentlichen Bediensteten 3–4% an der Gesamtbevölkerung und der Anteil der Beamtenabgeordneten 30–40% in den Landtagen.

Der linke Flügel der CSU argwöhnte von Anfang an, daß das Verwaltungsdenken dem echten demokratischen Prinzip entgegenstehe. Er

⁸⁴ Vgl. S. 7 ff. MEYERHOFF, 201.

⁸⁵ Die Sozialdemokratische Partei widerstand dieser Entwicklung nicht. Ihr rechter Flügel um Hoegner unterstützte sie sogar und ihr linker Flügel, die Minderheit der Partei, ließ sich zu sehr in ideologische und außenpolitische Kontroversen verwickeln. – Beispielsweise wandte sich Hoegner 1949 – wie Hundhammer 1951 – bei Beamten gegen eine Trennung von Amt und Mandat. Vgl. Eckard HEINTZ, *Der Beamtenabgeordnete im Bayerischen Landtag. Eine politologische Studie über die Stellung des Beamtentums in der parlamentarischen Entwicklung Deutschlands*. (Diss. München 1966) 123 f.

⁸⁶ Prof. James K. Pollock, Direktor des Coordinating Office of Military Government beim Länderrat in Stuttgart, führte dazu aus: „In the new Germany, the power of officialdom must be curbed if the people are to exercise control over the government . . . The role, played by the public and the people in a modern state, has never been properly recognized in Germany. The German people have always relied too much on the trained civil service in all decisions affecting basic political civil servant was inviolate; and even today, there are trends towards a similar development . . .“ „Der Tagesspiegel“ v. 16. Aug. 1946, nach Hans MEYERHOFF, 324 A. 27.

⁸⁷ Ernst FRAENKEL, *Deutschland und die westlichen Demokraten* (1964) 155 f.

⁸⁸ HEINTZ, 113 ff., 125 ff., 130 ff.

wandte sich gegen dieses Verwaltungsbewußtsein im Bürger, wonach der Staat alles zu regeln habe, was Macht- und Gruppenauseinandersetzungen bestimme. Josef Müller suchte daher auch einer verwaltungstechnischen Interpretation der Verfassung zu widerstehen und formulierte positiv „Dynamik auslösen und erhalten“⁸⁹. Seine Richtung in der CSU stand in diesem Sinne gegen einen weltanschaulich-ideologischen Rückzug auf einen „fiktiven“ bayerischen Staat. Ihr Streben galt insofern einem strukturellen Föderalismus im innerstaatlich-bayerischen Bereich und auf bundesstaatlich-deutscher Ebene. In der sogenannten Flüchtlingsfrage traten Müller und Strauß nicht für Almosen, auch nicht für verbessertes Gastrecht, sondern von Anfang an für volle Integration ein⁹⁰. Sie erkannten, daß Flüchtlinge und Ausgewiesene für die politische Willensbildung ein entscheidender Faktor waren. Schließlich betrug die Zahl der später so genannten Neubürger etwa $\frac{1}{4}$ der Bevölkerung Bayerns. Der konservative Flügel der CSU stand von vorneherein in der Tradition der „Staats- und Ordnungspartei“⁹¹. Die Partei war für ihn nur als Honoratiorentypus vorstellbar. Er wandte sich daher aus einem Konkurrenzgefühl heraus gegen den geschäftsführenden Landesvorstand als „Politbüro“, gegen die Tätigkeit des Landesvorsitzenden als „Führerbewegung“⁹², gegen die „Parteimaschine“ und forderte zur „Überwindung der Parteiautokratie ein reines Personenwahlrecht“⁹³. Der Ruf nach dem Staat wurde bereits am 8. Mai 1948 auf der Bezirksversammlung der CSU-Oberbayern direkt laut⁹⁴ und im Herbst des nämlichen Jahres die Gründung einer „Bayerischen Staatspartei“ diskutiert.

Mit der Wahl Ehards im Mai 1949 fand die dritte Gründungsphase der CSU in Bayern ihren Abschluß. Selbst wenn sich der konservative Flügel in seinen Exponenten personell nicht durchsetzen konnte, so bedeutet die Festlegung der CSU als „Staatspartei“ – die freilich, wie gezeigt, strukturell bereits seit 1945 in entscheidenden Elementen angelegt war –

⁸⁹ Josef MÜLLER, Festansprache. 10 Jahre Christlich-soziale Union in Bayern, 44.

⁹⁰ Vgl. z. B. die Ausführungen F.-J. Strauß' und Rinkes auf der Sitzung des CSU-Landesausschusses in Regensburg am 28./29. Febr. 1948. Prot. Schäffer-Nachlaß.

⁹¹ Emil MÜHLER, Die ideologischen Grundlagen der CSU, in: Politisches Jahrbuch der CSU. Hrsg. v. d. CSU in Bayern (1954) 25.

⁹² Sitzung des CSU-Landesausschusses in Regensburg am 28./29. Febr. 1948, Ausführungen Minister Pfeiffers. Prot. Schäffer-Nachlaß.

⁹³ Z. B. Bericht an die Militärregierung vom 14. Juni 1948. Schäffer-Nachlaß.

⁹⁴ Prot. Schäffer-Nachlaß.

doch eine deutliche Schwächung ihres linken Flügels. Vielleicht wirkte sich die politisch-pragmatische Haltung seiner Führer sogar negativ aus, weil sie im Volk – dessen demokratisches Bewußtsein noch wenig entwickelt war – als Konzeptionslosigkeit ausgelegt wurde. Für die Partei bedeutete diese Entwicklung Verlust an Reibungsflächen und an innerparteilicher Diskussion. Die Zeit der „Hausmacht“ brach an und „Kreise“ sowie „Fraktionen“ beherrschten die Auseinandersetzungen der Parteigruppen und Parteioxponenten⁹⁵. Diese Gruppierungen wurden vielfach durch ihre Zusammensetzung aus Vertretern der Partei, der Staatsverwaltung, der Gesellschaft und der Wirtschaft zu Schaltstellen des Interessenausgleichs. Der demokratische Entscheidungsprozeß wurde dadurch undurchsichtiger, was das Parteiimage beeinträchtigte. Die Identifikation mit dem Staat brachte eine Einengung der gesellschaftlichen Bandbreite. Der Verlust der Arbeiterschaft – was 1946 bei den Wahlen noch nicht der Fall war – zeigt besonders in den Städten diese Tendenz. Der Schwerpunkt verlagerte sich auf die bäuerlich-mittelständischen Wähler.

Restauration oder Neubeginn?

Die Gründungsperiode der Christlich-Sozialen Union in Bayern zerfällt in drei strukturell miteinander verbundene Phasen. Sie wurde von Rahmenbedingungen beherrscht, die entweder vorgegeben oder von den Gründern bedingt bzw. gar nicht beeinflussbar waren. Dazu zählen historisch-ideologisch-gesellschaftliche Traditionen, Bedingungen der Besatzungspolitik und Änderungen der weltpolitischen Lage. Der Zwang dieser Faktoren, resultierend aus der totalen Niederlage Deutschlands, spiegelt sich in den drei Gründungsphasen. Trotzdem konnten die handelnden Männer im gegebenen Rahmen Formprinzipien der Partei entwickeln, die auch die künftige staatliche Ordnung Bayerns und Deutschlands bestimmen sollten.

Die Wiedererrichtung der traditionellen Staatsverwaltung stellte die Weichen für eine zweigleisige Entwicklung innerhalb der CSU mit gesellschaftlich umrissenen Hintergrund. Der weltanschauliche Honora-

⁹⁵ So wäre hier für den behandelten Zeitraum bereits der sog. „Bayerische Club“, ein Kreis des rechten CSU-Flügels, zu nennen. Er tagte im Hotel „Bayerischer Hof“. Von ihm führen direkte Linien zum sog. „Petra-Kreis“ Hundhammers.

torentypus trat jenem der pragmatisch-volksparteilichen Orientierung gegenüber. In der ersten Gründungsphase dominierte durch die Entnazifizierungspolitik und den New Deal Roosevelts letztere Richtung und setzte sich bei der sich organisatorisch formierenden Landespartei durch. Doch zeigte bereits die zweite Phase, daß eine Minderheit – die erstere Richtung – in der Partei mit genügendem Rückhalt in der gesellschaftlichen Führungsschicht und im Beamtenapparat⁹⁶ die Entscheidungen der Gesamtpartei wenn nicht ins Gegenteil verkehren, so doch neutralisieren konnte. Die sich gegenüber der Sowjetunion neu orientierende amerikanische Politik bildete dazu den Hintergrund. Umerziehung und Gesellschaftsreform wurden in Bayern zugunsten der Stärkung der Staatsautorität⁹⁷ und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus langsam aufgegeben. In der dritten Phase schließlich verlagerte sich in der Ära des Marshallplans und der beginnenden sozialen Marktwirtschaft die Macht endgültig auf die konservative Seite. Zumal durch die damit verbundene Westorientierung dem linken Flügel der CSU unter Mitwirkung Adenauers die Grundlage seines außenpolitischen Konzepts der Offenheit gegenüber dem Osten entzogen wurde. Trotzdem war keine der Richtungen stark genug, sich voll durchzusetzen. Aber auch zu einer Spaltung der Partei kam es nicht. Die Integrationskraft war infolge der gesellschaftlichen Nivellierung und des gemeinsamen harten Schicksals in schwerster Zeit stärker. Freilich bedeuteten Einigung und Orientierung als „Staatspartei“ im eigentlichen Sinn keine Lösung, denn die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft über das Medium der Parteien ist entscheidend für die parlamentarisch-demokratische Ordnung.

So bedeutete die Gründungsperiode der CSU weder das Ende ihrer inneren, noch das ihrer äußeren Orientierung⁹⁸. Die in jener Epoche sichtbaren Strukturelemente einer Volkspartei führten nicht zur Harmonisierung und zu einem geschlossenen Selbstverständnis. Das „C“ als „negativer“ Integrationsfaktor, als formales Prinzip genügte dazu nicht. Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß die Dominanz der Rahmenbedingungen die Entscheidung für eine strukturelle Demokratie, die das Wesen des Parteienstaates ist, vertagte. Immerhin bewährte sich die CSU als

⁹⁶ Vgl. auch Clara MENCK, *The Problem of Reorientation*, in: *The Struggle for Democracy in Germany*. Ed. by G. A. ALMOND (Chapel Hill 1949) 306.

⁹⁷ Vgl. auch Vera F. ELIASBERG, *Political Party Developments*, in: ebd. 278 f.

⁹⁸ Vgl. z. B. Alf MINTZEL, *Die CSU in Bayern: Phasen ihrer organisationspolitischen Entwicklung*, in: *Politische Vierteljahrsschrift*, 13 (1972) 205–243.

stabilisierender Faktor in der Nachkriegsordnung, was nach den Weimarer Erfahrungen entscheidend war, und überließ die innere Konsolidierung dem wachsenden demokratischen Bewußtsein ihrer Wähler und Mitglieder – insofern setzte sie als Volkspartei einen Neubeginn.